

20. Oktober 1976

Schweizerische Delegation für die 19. Generalkonferenz der UNESCO,
26. Oktober - 30. November 1976 in Nairobi

Politisches Departement. Antrag vom 22. September 1976
(Beilage)
Departement des Innern. Mitbericht vom 12. Oktober 1976
(Zustimmung)
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 13. Oktober 1976
(Zustimmung)
Militärdepartement. Mitbericht vom 13. Oktober 1976 (Beilage)
Politisches Departement. Stellungnahme vom 18. Oktober 1976
(Zustimmung)
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 13. Oktober 1976
(Zustimmung)
Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 18. Oktober 1976
(Zustimmung)
Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Mitbericht vom
12. Oktober 1976 (Beilage)
Politisches Departement. Stellungnahme vom 19. Oktober 1976
(Beilage)

Gestützt auf den Antrag und das Mitberichtsverfahren hat der
Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Die schweizerische Delegation an der 19. Generalkonferenz der UNESCO, die vom 26. Oktober bis 30. November 1976 in Nairobi stattfindet, setzt sich wie folgt zusammen:

Delegationschef: Botschafter F. Schnyder, Präsident der
Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission;

Stellvertreter: Minister Ch. Hummel, Ständiger Vertreter der
Schweiz bei der UNESCO, Paris;

Botschafter R. Pestalozzi, Schweizerische Bot-
schaft, Nairobi;

Delegierte: M. Müller, Generalsekretär der Nationalen
Schweizerischen UNESCO-Kommission;

G.B. Ruf, Diplomatischer Mitarbeiter in der
Direktion für Internationale Organisationen
des Politischen Departements;

- 2 -

Experten:

Prof. B. Messerli, Dozent an der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern, z.Zt. in Kenia;

J. Guntern, Sekretär der Erziehungsdirektion des Kantons Wallis;

E. Pahux, Chef des Inspektorats des Politischen Departements;

F. Rohner, Entwicklungsattaché an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;

R. Schelling, Diplomatenstagiaire an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;

R. Wolf, erster Botschaftssekretär an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;

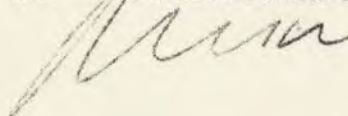
ein (oder eventuell mehrere) Vertreter des schweizerischen Medienwesens.

2. Das Politische Departement wird überdies ermächtigt, im Bedarfsfall einen weiteren Mitarbeiter in die Delegation abzuordnen.
3. Das Politische Departement wird ermächtigt, die nötigen Vorkehrungen für Transport und Unterkunft der Delegation in Nairobi zu treffen und für die anfallenden Sekretariatsarbeiten in Nairobi eine Sekretärin zu engagieren.
4. In Anbetracht der schweizerischen Kandidatur für den Exekutivrat der UNESCO wird die schweizerische Delegation ermächtigt, einen Empfang für die Delegationschefs sowie die Mitglieder des UNESCO-Sekretariats zu offerieren.
5. Das Politische Departement vergütet, nach Absprache mit dem Eidg. Personalamt, den Delegationsmitgliedern die Auslagen für Reise und Aufenthalt.

Protokollauszug an:

- EPD	10	zum Vollzug
- EDI	6	zur Kenntnis
- JPD	3	" "
- EMD	4	" "
- FZD	9	" "
- EVD	5	" "
- VED	5	" "
- EFK	2	" "
- FinDel	2	" "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



o.734.21(19e) - RD/ap

3003 Bern, 22. September 1976

AusgeteiltAn den Bundesrat

Schweizerische Delegation für die
 19. Generalkonferenz der UNESCO,
 26. Oktober - 30. November 1976 in Nairobi

Die 19. Session der alle zwei Jahre durchgeführten Generalkonferenz der UNESCO wird vom 26. Oktober bis 30. November 1976 stattfinden und zwar auf Einladung der kenianischen Regierung ausnahmsweise in Nairobi. Ziel der Konferenz ist einmal, das nächste 2-Jahres-Programm auf den angestammten Gebieten der Organisation, Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Information zu beraten und zu verabschieden. Erstmals steht auch ein detailliertes mittelfristiges Programm für die Jahre 1977-82 zur Diskussion. Von besonderem Interesse für unser Land dürften u.a. die grossen naturwissenschaftlichen Programme auf den Gebieten der Oekologie ("Man and Biosphere"), der Hydrologie, der geologischen Korrelation und Ozeanographie sein oder etwa die Tätigkeit des "Bureau International d'Education" und die Frage der Subventionierung des "Office du Baccalauréat international", beide in Genf. Ferner verdient Beachtung, welche Folgen die Organisation den von der "Konferenz der für Turnen und Sport zuständigen Minister" verabschiedeten Anträgen einzuräumen gedenkt und welche Unternehmungen zur Verwirklichung früherer schweizerischer Initiativen zur Erhaltung wertvoller alter Filme und zur Förderung des Unterrichts auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts in Aussicht genommen sind.

Die Konferenz wird auch eine ganze Reihe internationaler Instrumente zu genehmigen haben, die in den vergangenen zwei Jahren an Expertenkonferenzen ausgearbeitet worden sind. Es handelt sich dabei um Empfehlungen betreffend die Förderung der Erwachsenenbildung, den internationalen Austausch von Museumsgut, die Erhaltung historischer Quartiere, Städte und Ortsbilder, die Förderung der Teilhabe aller Volksschichten am Kulturleben, die internationale Normierung der Radio- und Fernsehstatistiken, den Uebersetzerschutz und um ein Zusatzprotokoll zum Uebereinkommen von Florenz betreffend die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen und kulturellen Charakters. Daneben wird die Zweckmässigkeit der Ausarbeitung neuer Instrumente geprüft, so einer internationalen Reglementierung der Risikodeckung für bewegliche Kulturgüter und der Statistiken für Wissenschaft und Technologie; schliesslich wird auch die Revision der bestehenden Empfehlung betreffend die internationale Normierung der Erziehungsstatistiken erwogen.

Unweigerlich werden einzelne Themen auch wieder zu politischen Auseinandersetzungen führen. Im Vordergrund dürfte infolge der Jerusalem-Problematik und seiner Kulturpolitik in den besetzten Gebieten wiederum Israel stehen. Daneben ist mit Vorstössen gegen Chile und den Rassismus im südlichen Afrika zu rechnen. Zu erneuten heftigen Debatten wird auch die zur Verabschiedung vorgelegte Deklaration über die Rolle der Massenmedien führen. Wie die anderen Organisationen des UN-Systems bemüht sich neuerdings auch die UNESCO, ihre Programme auf die Herbeiführung einer neuen Weltwirtschaftsordnung auszurichten. Die Konferenz wird sich hierbei über den einzuschlagenden Weg auszusprechen haben und ferner darüber, welche Aufgaben die UNESCO auf europäischer Ebene im Gefolge der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernehmen soll.

Wachden die Schweiz letztmals von 1970 - 1972 im Exekutivrat der UNESCO vertreten war, wird sie an der kommenden Generalkonferenz eine günstige Konstellation in der westeuropäischen Wahlgruppe ausnützen und sich erneut um einen Sitz in diesem Gremium bewerben.

- 3 -

Kandidat ist der derzeitige Ständige Vertreter bei der UNESCO, Minister Charles Hummel.

Die rund sechswöchige Konferenz wird sich wie üblich in die Plenarversammlung und eine Reihe von Kommissionen, Komitees und Arbeitsgruppen aufgliedern, von denen oft mehrere gleichzeitig nebeneinander tagen. Bei der Zusammensetzung der schweizerischen Delegation sollte einerseits darauf geachtet werden, dass eine adäquate Vertretung in allen diesen Gremien ermöglicht wird. Andererseits muss bei der Bestellung der Delegation der Tatsache Rechnung getragen werden, dass der entfernte Konferenzort und der Stand der Bundesfinanzen drastische Sparmassnahmen erforderlich machen und dass es nicht angehen wird, für jedes der zahlreichen Fachgebiete der UNESCO einen Experten nach Nairobi zu entsenden. Während auf einigen derselben die Mitwirkung eines Spezialisten unentbehrlich ist, werden in manchen anderen Sparten Generalisten aufgrund der von den zuständigen Fachinstanzen erhaltenen Instruktionen die schweizerischen Anliegen zu vertreten haben. Soweit wie möglich sollen sodann auch die Dienste der schweizerischen Botschaft in Anspruch genommen werden. Der Schweizer Delegation an der 18. Generalkonferenz vor zwei Jahren in Paris gehörten 16 Delegierte und Experten an. Dieses Jahr umfasst die Delegation etwa 12 Personen, von denen 5 bereits in Kenia weilen.

Für die Leitung der schweizerischen Delegation ist alt Botschafter F. Schnyder vorgesehen, der nach seinem Rücktritt als schweizerischer Missionschef in Washington anfangs 1976 das Präsidium der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission übernommen hat und damit politische Erfahrung mit der Kenntnis der Anliegen der schweizerischen kulturellen Kreise in idealer Weise verbindet. Als seine Stellvertreter sind der Ständige Delegierte der Schweiz bei der UNESCO, Minister Ch. Hummel und der Schweizerische Botschafter in Nairobi, Dr. R. Pestalozzi, in Aussicht genommen. Botschafter Pestalozzi verfügt als ehemaliger stellvertretender Leiter des Dienstes für Technische Zusammenarbeit über eine reiche Erfahrung auf dem Gebiet der

- 4 -

Entwicklungspolitik und ist auch mit den Fragen der UNESCO vertraut. Zum Kern der Delegation gehören ferner Vertreter derjenigen Stellen, die sich vollamtlich mit der UNESCO befassen, nämlich der Generalsekretär der UNESCO-Kommission, Herr N. Müller, und Herr G.B. Ruf als Vertreter der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des Politischen Departements.

Zu den Bereichen, in denen auf Experten nicht verzichtet werden kann, wenn eine kompetente Mitarbeit während der Konferenz selbst und ein Engagement der schweizerischen Fachkreise für die Unternehmungen der UNESCO ganz allgemein gewährleistet werden sollen, gehört insbesondere das Erziehungswesen. Für die während der dritten Konferenzwoche behandelten diesbezüglichen Programme hat das EDI Herrn J. Guntern, Sekretär der Erziehungsdirektion des Kantons Wallis, vorgeschlagen. - Als Fachvertreter für die naturwissenschaftlichen Programme der UNESCO konnte Herr Professor B. Messerli von der Universität Bern gewonnen werden, der während der zweiten Jahreshälfte 1976 für ein mehrmonatiges Forschungsvorhaben bereits in Kenia weilte.

Was die heftig umstrittene Massenmediendeklaration anbelangt, erachtet es das Politische Departement in Anbetracht des grossen Echos, das diesbezügliche Beschlüsse der Generalkonferenz in der schweizerischen Öffentlichkeit auslösen dürften, für angebracht, einen Fachmann des schweizerischen Medienwesens beizuziehen und hätte auch gegen eine mehrköpfige Vertretung nichts einzuwenden, sofern die interessierten Institutionen die Reise- und Aufenthaltskosten zusätzlicher Experten selber übernehmen. Diesbezügliche Konsultationen sind noch im Gange. - In die während zwei Wochen mit komplexen Budget- und Personalfragen befasste Verwaltungskommission der Konferenz sollte auf ausdrücklichen Wunsch der UNESCO ebenfalls ein Spezialist entsandt werden. Wie schon während der letzten Generalkonferenzen wird Herr E. Pahuz, Chef des Inspektorats des Politischen

- 5 -

Departements, diese Aufgabe wahrnehmen. - Die entwicklungspolitischen Aspekte der verschiedenen UNESCO-Programme werden von dem der Botschaft in Nairobi zugeteilten Entwicklungsattaché, Herrn F. Rohner, verfolgt werden. Für verschiedene Aufgaben stehen zwei weitere Angehörige der Botschaft, Frä. R. Schelling und Herr R. Wolf, der Delegation zur Verfügung. Die Botschaft wird in Nairobi auch eine zusätzliche Hilfskraft für das Sekretariat rekrutieren. - Im Falle krisenhafter politischer Entwicklungen während der Konferenz sollte dem Delegationschef überdies die Möglichkeit eingeräumt werden, an der Zentrale kurzfristig die Entsendung eines weiteren Mitarbeiters des Politischen Departements anzufordern.

In Anbetracht der Kandidatur Minister Hummels für den Exekutivrat ist auch die Durchführung eines Empfangs für die Delegationschefs und die Mitglieder des UNESCO-Sekretariates in Aussicht genommen. Als besonders geeigneter Ort würde hierfür die von der schweizerischen Technischen Zusammenarbeit in Nairobi errichtete Hotelfachschule zur Verfügung stehen.

Das Politische Departement beehrt sich deshalb, im Einvernehmen mit dem Departement des Innern und nach Absprache mit dem Finanz- und Zolldepartement, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Die schweizerische Delegation an der 19. Generalkonferenz der UNESCO, die vom 26. Oktober bis 30. November 1976 in Nairobi stattfindet, setzt sich wie folgt zusammen:

Delegationschef: Botschafter F. SCHNYDER, Präsident der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission;

Stellvertreter: Minister Ch. HUMMEL, Ständiger Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris;
Botschafter R. PESTALOZZI, Schweizerische Botschaft, Nairobi;

- Delegierte: M. MUELLER, Generalsekretär der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission;
G.B. RUF, Diplomatischer Mitarbeiter in der Direktion für Internationale Organisationen des Politischen Departements;
- Experten: Prof. B. MESSERLI, Dozent an der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern, z.Zt. in Kenia;
J. Guntern, Sekretär der Erziehungsdirektion des Kantons Wallis.
E. PAHUX, Chef des Inspektorats des Politischen Departements;
F. ROHNER, Entwicklungsattaché an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;
R. SCHELLING, Diplomatenstagiaire an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;
R. WOLF, erster Botschaftssekretär an der Schweizerischen Botschaft, Nairobi;
ein (oder eventuell mehrere) Vertreter des schweizerischen Medienwesens.

2. Das Politische Departement wird überdies ermächtigt, im Bedarfsfall einen weiteren Mitarbeiter in die Delegation abzuordnen.
3. Das Politische Departement wird ermächtigt, die nötigen Vorkehrungen für Transport und Unterkunft der Delegation in Nairobi zu treffen und für die anfallenden Sekretariatsarbeiten in Nairobi eine Sekretärin zu engagieren.
4. In Anbetracht der schweizerischen Kandidatur für den Exekutivrat der UNESCO wird die schweizerische Delegation ermächtigt, einen Empfang für die Delegationschefs sowie die Mitglieder des UNESCO-Sekretariats zu offerieren.
5. Das Politische Departement vergütet, nach Absprache mit dem Eidg. Personalamt, den Delegationsmitgliedern die Auslagen für Reise und Aufenthalt.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Graber

- 7 -

Zum Mitbericht an

- das Departement des Innern
- das Finanz- und Zolldepartement
- das Justiz- und Polizeidepartement
- das Militärdepartement
- das Volkswirtschaftsdepartement
- das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Protokollauszug an

-- EPD	10	zum Vollzug	
-- FZD	9	zur Kenntnis	
-- EFK	2	"	"
-- FinDel	2	"	"
-- EDI	6	"	"
-- EJPD	2	"	"
-- EMD	2	"	"
-- EVD	2	"	"
-- EVED	2	"	"

In Antrag des Politischen Departementes wird erwähnt, dass an der 19. Generalkonferenz der UNESCO u.a. nach beraten werde, welche Folgen den von der UNESCO-Konferenz der für Turnen und Sport zuständigen Minister verabschiedeten Anträgen zu geben seien.

Für die internationale, namentlich aber auch für die schweizerische Turn- und Sportbewegung handelt es sich um ein sehr bedeutungsvolles Ereignis, zeichnet sich doch eine Entwicklung ab, welche von der freien Turn- und Sportbewegung zu einer staatlich gelenkten und weit zu einer Verpolitisierung des Sportes hinführt.

Das Vertretung der für Turnen und Sport zuständigen Grenzen in der Delegation wäre deshalb erwünscht gewesen. Mit Rücksicht auf die finanziellen Folgen vernichtet das Militärdepartement auf die Stellung eines entsprechenden Antrages. Es wünscht aber, dass die Delegation in geeigneter Weise auf das Problem aufmerksam gemacht wird und dass ihr entsprechende Empfehlungen gegeben werden. Der Direktor der Eidg. Militärverwaltung ist bereit, eine Besprechung zu arrangieren, an der neben Vertretern des Politischen Departementes der Schweizerische Landesverband für Leibesübungen, das Schweizerische Olympische Komitee, die Eidg. Turn- und Sportkommission und die Eidg. Turn- und Sportschule teilnehmen würden.

LIEGENSCHAFTSBEZUGS MILTÄRDEPARTEMENT
i.A. der Direktor der Eidg. Militärverwaltung


L. Knech

033.9/76

3003 Bern, den 13. Oktober 1976

AusgeteiltAn den Bundesrat

Schweizerische Delegation für die 19. Generalkonferenz der
UNESCO, 26. Oktober - 30. November 1976 in Nairobi

M i t b e r i c h t

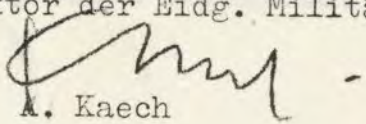
zum Antrag des Politischen Departementes
vom 22. September 1976

Im Antrag des Politischen Departementes wird erwähnt, dass an der 19. Generalkonferenz der UNESCO u.a. auch beraten werde, welche Folgen den von der UNESCO-Konferenz der für Turnen und Sport zuständigen Minister verabschiedeten Anträgen zu geben seien.

Für die internationale, namentlich aber auch für die schweizerische Turn- und Sportbewegung handelt es sich um ein sehr bedeutungsvolles Traktandum, zeichnet sich doch eine Entwicklung ab, welche von der freien Turn- und Sportbewegung zu einer staatlich gelenkten und damit zu einer Verpolitisierung des Sportes hinführt.

Eine Vertretung der für Turnen und Sport zuständigen Gremien in der Delegation wäre deshalb erwünscht gewesen. Mit Rücksicht auf die finanziellen Folgen verzichtet das Militärdepartement auf die Stellung eines entsprechenden Antrages. Es wünscht aber, dass die Delegation in geeigneter Weise auf das Problem aufmerksam gemacht wird und dass ihr entsprechende Empfehlungen gegeben werden. Der Direktor der Eidg. Militärverwaltung ist bereit, eine Besprechung zu organisieren, an der neben Vertretern des Politischen Departementes der Schweizerische Landesverband für Leibesübungen, das Schweizerische Olympische Komitee, die Eidg. Turn- und Sportkommission und die Eidg. Turn- und Sportschule teilnehmen würden.

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
i.A. der Direktor der Eidg. Militärverwaltung


A. Kaech

A.40.4.0

3003 Bern, den 12. Oktober 1976

AusgeteiltAn den B u n d e s r a t

Schweizerische Delegation für die 19. Generalkonferenz der UNESCO,
26. Oktober - 30. November 1976 in Nairobi

M i t b e r i c h t

zum Antrag des Eidg. Politischen Departementes vom 22. September
1976

Wir stimmen dem Antrag des Eidg. Politischen Departementes zu.

Für unser Departement stehen an der Konferenz im Bereiche von Radio und Fernsehen eine ganze Reihe von Fragen mit besonderem Gewicht zur Diskussion. Zu nennen ist vor allem die viel umstrittene Resolution "über die Verwendung der Massenmedien zur Förderung des Friedens, der internationalen Verständigung und des Kampfes gegen Kriegshetze, Rassismus und Apartheid". Von den von unserem Departement präsierten Arbeitsgruppen für Fragen von Radio und Fernsehen, haben die Interdepartementale Juristische Arbeitsgruppe und jene für Probleme der Drahtverteilsnetze, in welcher auch die Kantone, der Städteverband und der Gemeindeverband sowie die Presse vertreten sind, übereinstimmend grösste Bedenken gegen eine ganze Reihe von Grundsätzen, die mit dieser Resolution in die internationale Informationspolitik eingeführt werden sollen, geäussert. Im Europarat hat unser Departement zusammen mit den Vertretern mehrerer anderer Länder die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes in die Wege geleitet, mit welchem ein Gegengewicht angestrebt werden soll.

- 2 -

Darüberhinaus stehen im Abschnitt 4 der Traktandenliste der UNESCO-Konferenz in Nairobi eine ganze Reihe weiterer Probleme der Kommunikationspolitik zur Diskussion, wie

- freier Informationsaustausch und Kommunikationspolitik
- Entwicklung und Verwendung der Kommunikationssysteme
- Kommunikation und Kultur
- Kommunikationstechnologien
- neue Studienserien über den Informationsaustausch
- neue Massnahmen zur Koordinierung des Kommunikationsrechtes
- Verwendung der Satelliten
- Teilnahme der Bevölkerung an den Kommunikationsmitteln
- Planung der Kommunikationssysteme.

Angesichts der Wichtigkeit dieser Traktanden melden wir Ihnen den Chef des Dienstes für Radio und Fernsehen unseres Departementes, Herrn A. Schmid, Fürsprecher, Wissenschaftlicher Berater, als Mitglied der Delegation.

Herr Schmid wird auch die Belange der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft wahren. Er wird nur an jenen zwei bis drei Tagen, wo die wichtigsten Geschäfte der Massenmedien zur Diskussion stehen, an der Tagung teilnehmen.

EIDG. VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Ritschard

19. Oktober 1976

o.734.21(19e) - RD/ap

3003 Bern, 19. Oktober 1976

AusgeteiltAn den Bundesrat

Schweizerische Delegation für die
19. Generalkonferenz der UNESCO,
26. Oktober - 30. November 1976 in Nairobi

S t e l l u n g n a h m e

zum Mitbericht des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements
vom 12. Oktober 1976

Für die fraglichen informationspolitischen Traktanden sind bereits zwei Vertreter der schweizerischen Pressekreise vorgesehen. Wie in unserem Antrag an den Bundesrat vom 22. September angeregt, werden die Spesen für einen derselben von den interessierten Institutionen übernommen. Somit und in Anbetracht der gebotenen Sparmassnahmen erscheint uns der zusätzliche Beizug eines Bundesvertreters nicht unbedingt erforderlich.

EIDGENOESSISCHES
POLITISCHES DEPARTEMENT

Graber

Graber